

## 1050 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

# Bericht des Verfassungsausschusses

### über die Regierungsvorlage (162 der Beilagen): Bundesgesetz über die Zustellung behördlicher Schriftstücke und die Änderung zustellrechtlicher Vorschriften (Zustellgesetz)

Durch die vorliegende Regierungsvorlage soll eine Vereinheitlichung der für die Zustellung maßgebenden Rechtsvorschriften erreicht werden. Derzeit enthalten sowohl die Zivilprozeßordnung als auch das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz und die Bundesabgabenordnung, zum Teil aber auch landesgesetzliche Vorschriften, Regelungen über die Zustellung. Dies führt zu einer sehr unübersichtlichen Rechtslage, insbesondere für die Post, die die Hauptlast der Zustellungen zu tragen hat und deren Organe außerdem auch die postrechtlichen Vorschriften zu beachten haben.

Durch die vorgeschlagene Regelung soll eine Vereinfachung des Zustellvorgangs und des Zustellwesens erreicht und damit ein Beitrag zur Verwaltungsreform durch eine ökonomischere Vorgangsweise geleistet werden. Durch eine Vereinheitlichung der Zustellvorschriften sollen auch Zustellmängel und damit allenfalls verbundene Amtshaftungsverfahren vermieden werden.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage erstmalig am 16. Jänner 1980 in Verhandlung gezogen und zu deren Vorbehandlung einen Unterausschuß eingesetzt, dem seitens der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Dr. Gradenegger, Dr. Gradischnik, Ing. Hobl, Dr. Kapoun und Dr. Reinhart, seitens der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Hauser, Dipl.-Kfm. DDr. König und Dr. Neisser und von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dr. Frischenschlager angehörten.

Der Unterausschuß, der auch die Vorberatung der Novelle zum AVG 1950 in 160 der Beilagen durchgeführt hat, hat dem Verfassungsausschuß am 25. März 1982 berichtet.

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Dr. Gradenegger, Dr. Frischenschlager und Dr. Neisser sowie Staatssekretär Dr. Löschnak das Wort. Bei der Abstimmung hat der Verfassungsausschuß einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme der beiden dem Bericht angeschlossenen Gesetzentwürfe zu empfehlen.

Hiebei war der Ausschuß der Auffassung, daß im Interesse einer klareren Regelung es zweckmäßig wäre, das Zustellgesetz von den erforderlichen Anpassungsregelungen zu trennen. Es wurde daher beschlossen, die Abschnitte III und folgende der Regierungsvorlage in einem eigenen Zustellrechtsanpassungsgesetz zusammenzufassen, wobei die Änderungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes in dieses selbst eingebaut wurden.

Im einzelnen ist zu den vorgeschlagenen Regelungen zu bemerken:

#### A. Zum Zustellgesetz

Die §§ 1 bis 5 wurden ohne inhaltliche Änderung, aber sprachlich verbessert, aus der Regierungsvorlage übernommen.

Im § 6 wurde im Interesse einer klareren Formulierung anstelle des Wortes „Sendung“ die Wendung „das gleiche Schriftstück“ gebraucht. Der Ausschuß ging von der Auffassung aus, daß zwar nicht ein- und dieselbe Sendung, wohl aber das gleiche Schriftstück mehrmals gültig zugestellt werden kann. In diesem Sinne wurde die Regierungsvorlage geändert. Es bestand Einvernehmen darüber, daß der Begriff „das gleiche Schriftstück“ eine inhaltlich vollkommen identische Ausfertigung eines bereits einmal zugestellten Schriftstückes bezeichnet.

Der § 8 Abs. 1 wurde gegenüber der Regierungsvorlage in der Weise eingeeignet, daß die vorgesehene Verpflichtung, der Behörde eine Änderung

der Abgabestelle zu melden, auf die Parteien eines Verfahrens eingeschränkt wurde.

Im Zusammenhang mit § 9 ist zu bemerken, daß der Verfassungsausschuß sich entschieden hat, im Interesse der Vereinheitlichung der Terminologie in dieser Bestimmung und in allen anderen Bestimmungen des Zustellgesetzes und des Zustellrechtsanpassungsgesetzes jeweils vom „Zustellungsbvollmächtigten“ zu sprechen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden. Neu angefügt wurde dem § 9 der Abs. 4, was damit zusammenhängt, daß der persönliche Geltungsbereich des § 8 Abs. 1 eingeschränkt worden ist. Die Zielsetzung des neu eingefügten Abs. 4 besteht darin, auch für Zustellungsbevollmächtigte die Pflicht zu verankern, Änderungen der Abgabestelle während eines Verfahrens der dieses Verfahren leitenden Behörde mitzuteilen.

Zu § 11 Abs. 2 ist zu bemerken, daß die Ersetzung des Wortes „Personen“ durch das Wort „Ausländer“ klarstellen soll, daß diese Zustellregelung nur für die Zustellungen an fremdes diplomatisches Personal gilt, nicht aber für die Angehörigen des österreichischen diplomatischen Dienstes.

Der § 12 wurde durch die Abs. 2 und 3 ergänzt. Diese Ergänzungen wurden aus dem in der Regierungsvorlage vorgesehenen § 39 a der Jurisdiktionsnorm übernommen. Es handelt sich dabei um Bestimmungen, die es dem Empfänger erlauben, die Zustellung fremdsprachiger Schriftstücke zu verweigern. Mit dieser Bestimmung wird Regelungen in internationalen Verträgen Rechnung getragen, die derartige vorsehen. Hervorzuheben ist auch, daß eine Beglaubigung von Übersetzungen fremdsprachiger Schriftstücke ins Deutsche nur in gerichtlichen Verfahren erforderlich ist. Auch diese Regelung entspricht dem bestehenden internationalen Übereinkommen über Amts- und Rechtshilfe.

Im § 13 wurden die Abs. 2 und 3 der Regierungsvorlage in einen neuen Abs. 2 zusammengefaßt. Im Abs. 4 wurde entsprechend der üblichen Terminologie von einer „zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugten Person“ gesprochen und überdies der erste Satz in der Weise ergänzt, daß klargestellt wird, daß die Zustellung an solche Personen in deren Kanzlei zu erfolgen hat. Der zweite Satz wurde im übrigen in imperativer Form und als an die Behörde gerichtet formuliert.

Im § 16 Abs. 1 wurde genauer umschrieben, unter welchen Voraussetzungen eine Ersatzzustellung zulässig ist. Diese soll nämlich nur dann zulässig sein, wenn der Zusteller Grund zu der Annahme hat, daß sich der Empfänger der Sendung regelmäßig an der Abgabestelle aufhält, also nicht für längere Dauer von dieser abwesend ist. Durch eine solche Regelung soll ein allfälliger Schaden, der durch die rechtsgültige Zustellung eintreten könnte, abgewendet werden. Ist der Empfänger

längere Zeit (etwa infolge Urlaubes) von der Abgabestelle abwesend, so darf auch eine Ersatzzustellung an einen Ersatzempfänger nicht erfolgen. Eine trotzdem erfolgte Ersatzzustellung bedeutet eine unzulässige Zustellung und zieht keine Rechtswirkungen nach sich.

Der zweite Satz des Abs. 3 der Regierungsvorlage wurde als eigene Bestimmung gefaßt und als neuer Abs. 3 eingefügt. Der erste Satz des Abs. 3 der Regierungsvorlage wurde demnach entsprechend als neuer Abs. 4 eingefügt, an die Behörde gerichtet und imperativ formuliert. Neu eingefügt wurde auch der Abs. 5, der mit der Neuformulierung des Abs. 1 zusammenhängt und im wesentlichen der Regelung entspricht, die hinsichtlich der Hinterlegung im § 17 Abs. 3 enthalten ist.

Der § 23 Abs. 1 wurde insofern neu formuliert, als deutlicher zum Ausdruck kommen soll, daß eine Anordnung zur Hinterlegung ohne vorhergehenden Zustellversuch nur auf Grund einer entsprechenden gesetzlichen Vorschrift zulässig ist.

Infolge der Trennung des Zustellgesetzes von den zustellrechtsanpassungsrechtlichen Vorschriften war die Einfügung eines neuen § 28 erforderlich. In dessen Abs. 1 wird das Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes mit 1. März 1983 festgelegt; dies deshalb, um für die notwendige Vorbereitung und Schulung des Zustellpersonals hinreichend Zeit zu gewinnen. Der Abs. 2 übernimmt im wesentlichen die im Abschnitt X Abs. 2 der Regierungsvorlage vorgesehene Übergangsregelung.

Im neu eingefügten Abs. 3 wird der § 59 Abs. 5 des Zollgesetzes 1955 für unberührt erklärt. Durch Art. III des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 151/1980 wurde festgelegt, daß zollamtliche Bestätigungen und andere schriftliche Erledigungen der Zollämter auch durch Ausfolgung bei einem Zollamt oder beim Bundesrechenamt zugestellt werden können. Im Falle der Ausfolgung bei einem Zollamt kann eine Empfangsbestätigung unterbleiben, wenn das Datum der Ausfertigung gleich dem der Ausfolgung ist. An der Aufrechterhaltung dieser Bestimmung besteht ein dringendes Interesse. Ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung würde sie aber durch die §§ 4 und 24 des Zustellgesetzes materiell derogiert werden. Durch die Einfügung des Abs. 3 in den § 28 soll daher diese Bestimmung für unberührt erklärt werden.

## B. Zum Zustellrechtsanpassungsgesetz

In Art. II des Zustellrechtsanpassungsgesetzes wurde der § 106 der ZPO durch Aufnahme des Klammerausdruckes „Gesamtprokuristen“ ergänzt, um klarzustellen, daß auch bei Gesamtprokura an einen Prokuristen zugestellt werden darf.

Art. III enthält Änderungen der StPO. Die Neufassung des § 80 Abs. 1 wurde dem Umstand ange-

## 1050 der Beilagen

3

paßt, daß die Regelung, die ursprünglich als § 39 a der Jurisdiktionsnorm vorgesehen war, nunmehr in das Zustellgesetz übernommen worden ist. Hinsichtlich des Abs. 2 ist zu bemerken, daß nach § 9 Abs. 2 erster Satz des Zustellgesetzes für den Fall, daß mehrere Personen einen gemeinsamen Zustellungsbevollmächtigten haben, es genügt, die Zustellung einer einzigen Ausfertigung an diesen Bevollmächtigten vorzunehmen. Nach § 9 Abs. 3 des Zustellgesetzes gilt dann, wenn ein Anbringen von mehreren Personen gemeinsam eingebracht wird, im Zweifel die an erster Stelle genannte Person als gemeinsamer Zustellungsbevollmächtigter. Nach § 10 des Zustellgesetzes kann einem Beteiligten, der sich nicht nur vorübergehend im Ausland aufhält, die Namhaftmachung eines Zustellungsbevollmächtigten im Inland mit der Wirkung aufgetragen werden, daß andernfalls Zustellungen ohne Zustellversuch durch Hinterlegung bei der Behörde vorgenommen werden.

Diesen Regelungen ist im wesentlichen gemeinsam, daß die von einem behördlichen Verfahren betroffenen Personen in einem besonderen Maß zur Mitwirkung an diesen Verfahren verpflichtet werden. Kommen sie diesen Verpflichtungen nicht nach, so treffen sie Säumnisfolgen; jedenfalls aber wären sie in ihrem Recht auf Zustellung behördlicher Schriftstücke verkürzt. Derartige Verpflichtungen und Folgen stehen nach Auffassung des Ausschusses im Gegensatz zum Wesen des strafgerichtlichen Verfahrens und der Stellung des Beschuldigten in einem solchen Verfahren. Sie können daher hier grundsätzlich nur insoweit Geltung beanspruchen, als die Mitwirkung an dem Verfahren nicht bloß objektiv, sondern auch subjektiv im Interesse des Betroffenen liegt, wie beim Privatkläger und Privatbeteiligten sowie den im § 444 Abs. 1 StPO genannten sonstigen Verfahrensbeteiligten; hiezu kommt noch der Sonderfall des Unterbleibens einer Untersuchungshaft nach Bestellung einer Sicherheit (§ 191 StPO). Entsprechend diesen Erwägungen war der Ausschuß der Auffassung, daß auch die Anwendung des § 9 Abs. 2 erster Satz und des Abs. 3 und des § 10 des Zustellgesetzes im Strafprozeß nur auf Privatkläger und Privatbeteiligte beschränkt werden solle.

Hinsichtlich der im Art. V vorgesehenen Änderungen der Bundesabgabenordnung ist zunächst

darauf hinzuweisen, daß durch die Neufassung des § 98 BAO eine Bestimmung geschaffen wurde, die die Anwendung des Zustellgesetzes für Zustellungen klarstellen soll. Im übrigen wurde eine sprachliche Neufassung des § 103 Abs. 2 BAO vorgenommen.

Die sich auf das Dienstrechtsverfahrensgesetz beziehende Regelung des eingefügten Abschnittes VII betrifft nicht den wesentlichen Inhalt des § 5 des Dienstrechtsverfahrensgesetzes, sondern soll durch Ergänzung die Anwendbarkeit des Zustellgesetzes sicherstellen. Die bisherige Überschrift „Zu §§ 23 und 27 AVG 1950“ soll durch die Verweisung auf § 21 AVG 1950 ersetzt werden, da die §§ 23 und 27 des AVG aufgehoben werden sollen.

Neu eingefügt wurde auch der Art. VIII, der eine Anpassung des Patentgesetzes 1970 vorsieht. Es ist im Interesse der Rechtssicherheit gelegen, auch das Patentgesetz selbst einer entsprechenden Anpassung an das Zustellgesetz zu unterziehen. Demgemäß wird in der vorgeschlagenen Änderung des § 85 des Patentgesetzes der Hinweis auf die Vorschriften der §§ 22 bis 31 des AVG durch eine Anwendbarkeitserklärung des Zustellgesetzes ersetzt.

In verdienstvoller Weise hat Univ.-Prof. Dr. Fritz Schönherr (Universität Wien) die Initiative ergriffen, die vorliegenden Entwürfe sprachlich zu überarbeiten und hat dem zur Vorberatung eingesetzten Unterausschuß entsprechende Vorschläge unterbreitet. Im Hinblick auf den Umstand, daß die Beratungen schon weit fortgeschritten waren und in Anbetracht dessen, daß im Rahmen des Zustell- und Zustellrechtsanpassungsgesetzes eine gewisse Kontinuität der Rechtssprache zu wahren war, konnte der Ausschuß den sprachlichen Anregungen nur zu einem geringen Teil entsprechen. Der Ausschuß betrachtet es aber als angebracht, an dieser Stelle Herrn Univ.-Prof. Dr. Fritz Schönherr für seine Initiative den Dank auszusprechen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den abgeschlossenen Gesetzentwürfen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. /1, /2

Wien, 1982 03 25

**Dr. Reinhart**  
Berichterstatter

**Dr. Schranz**  
Obmann

/1

**Bundesgesetz vom XXX über die Zustellung behördlicher Schriftstücke (Zustellgesetz)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**ABSCHNITT I****Allgemeine Bestimmungen****Geltungsbereich**

§ 1. (1) Dieses Bundesgesetz regelt die Zustellung der von Gerichten und Verwaltungsbehörden in Vollziehung der Gesetze zu übermittelnden Schriftstücke sowie die durch sie vorzunehmende Zustellung von Schriftstücken ausländischer Behörden.

(2) Für die Zustellung von Schriftstücken der Gerichte und Verwaltungsbehörden durch Organe der Post gelten, soweit nicht dieses Bundesgesetz selbst Regelungen trifft, die Vorschriften über die Zustellung von Postsendungen.

(3) Bei Zustellungen ohne Zustellnachweis durch Organe der Post gelten neben den Vorschriften über die Zustellung von Postsendungen nur die §§ 6, 7, 8 Abs. 1, 9 bis 12 und sinngemäß auch § 26 Abs. 2 dieses Bundesgesetzes.

**Durchführung der Zustellungen**

§ 2. Soweit die für das Verfahren geltenden Vorschriften nicht eine andere Form der Zustellung vorsehen, sind die Schriftstücke durch Organe der Post, durch Organe der Behörden oder, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und

Raschheit gelegen ist, durch Organe der Gemeinden zuzustellen.

**Stellung des Zustellers**

§ 3. Wer mit der Zustellung betraut ist (Zusteller), handelt hinsichtlich der Wahrung der Gesetzmäßigkeit der Zustellung als Organ der Behörde, in deren Namen das Schriftstück zugestellt werden soll.

**Abgabestelle**

§ 4. Abgabestelle im Sinne dieses Bundesgesetzes ist der Ort, an dem die Sendung dem Empfänger zugestellt werden darf; das ist die Wohnung oder sonstige Unterkunft, die Betriebsstätte, der Sitz, der Geschäftsraum, die Kanzlei oder der Arbeitsplatz des Empfängers, im Falle einer Zustellung anlässlich einer Amtshandlung auch deren Ort.

**Ausstattung der Schriftstücke**

§ 5. (1) Soll das Schriftstück durch Organe der Post zugestellt werden, so ist es der Post als Sendung mit abtrennbarem Rückschein zu übergeben. Auf der Sendung und dem Rückschein sind der Empfänger, die Abgabestelle und die Behörde, in deren Namen zugestellt werden soll, sowie für die Zustellung sonst notwendige Vermerke anzugeben. Bei Verwendung von Fensterbriefumschlägen dürfen die notwendigen Angaben auch auf dem Inhalt der Sendung angebracht werden, wenn sie durch das Fenster des Briefumschlages sichtbar sind.

(2) Der Abs. 1 gilt sinngemäß auch für Schriftstücke, die durch Organe der Behörde oder der Gemeinde zugestellt werden sollen, sofern die für die Zustellung erforderlichen Angaben dem Zusteller nicht auf andere Weise bekanntgegeben werden.

### Mehrmalige Zustellung

§ 6. Wird das gleiche Schriftstück mehrmals gültig zugestellt, so ist die erste Zustellung maßgebend.

### Heilung von Zustellmängeln

§ 7. Unterlaufen bei der Zustellung Mängel, so gilt sie als in dem Zeitpunkt vollzogen, in dem das Schriftstück der Person, für die es bestimmt ist (Empfänger), tatsächlich zugekommen ist.

### Änderung der Abgabestelle

§ 8. (1) Eine Partei, die während eines Verfahrens, von dem sie Kenntnis hat, ihre bisherige Abgabestelle ändert, hat dies der Behörde unverzüglich mitzuteilen.

(2) Wird diese Mitteilung unterlassen, so ist, soweit die Verfahrensvorschriften nicht anderes vorsehen, die Zustellung durch Hinterlegung ohne vorausgehenden Zustellversuch vorzunehmen, falls eine Abgabestelle nicht ohne Schwierigkeiten festgestellt werden kann.

### Zustellungsbevollmächtigter

§ 9. (1) Ist eine im Inland wohnende Person gegenüber der Behörde zum Empfang von Schriftstücken bevollmächtigt, so hat die Behörde, sofern gesetzlich nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, diese Person als Empfänger zu bezeichnen. Geschieht dies nicht, gilt die Zustellung in dem Zeitpunkt als vollzogen, in dem das Schriftstück dem Zustellungsbevollmächtigten tatsächlich zugekommen ist.

(2) Haben mehrere Personen einen gemeinsamen Zustellungsbevollmächtigten, so ist mit der Zustellung einer einzigen Ausfertigung des Schriftstückes an ihn die Zustellung an alle diese Personen bewirkt. Hat eine Person mehrere Zustellungsbevollmächtigte, so ist die Zustellung bewirkt, wenn sie auch nur an einen von ihnen vorgenommen worden ist.

(3) Wird ein Anbringen von mehreren Personen gemeinsam eingebracht, so gilt im Zweifel die an erster Stelle genannte Person als gemeinsamer Zustellungsbevollmächtigter.

(4) Der § 8 gilt für Zustellungsbevollmächtigte sinngemäß.

### Namhaftmachung eines Zustellungsbevollmächtigten

§ 10. Einer sich nicht nur vorübergehend im Ausland aufhaltenden Partei oder einem solchen Beteiligten kann von der Behörde aufgetragen werden, innerhalb einer gleichzeitig zu bestimmenden mindestens zweiwöchigen Frist für ein bestimmtes oder für alle bei dieser Behörde anhängig werdenden, sie betreffenden Verfahren einen im Inland

wohnhaften Zustellungsbevollmächtigten namhaft zu machen. Wird dieser Aufforderung nicht fristgerecht nachgekommen, so wird die Zustellung ohne Zustellversuch durch Hinterlegung bei der Behörde vorgenommen. Die Aufforderung, einen Zustellungsbevollmächtigten namhaft zu machen, muß einen Hinweis auf diese Rechtsfolge enthalten.

### Besondere Fälle der Zustellung

§ 11. (1) Zustellungen im Ausland sind nach den bestehenden internationalen Vereinbarungen oder allenfalls auf dem Weg, den die Gesetze oder sonstigen Rechtsvorschriften des Staates, in dem zugestellt werden soll, oder die internationale Übung zulassen, erforderlichenfalls unter Mitwirkung der österreichischen Vertretungsbehörden, vorzunehmen.

(2) Zur Vornahme von Zustellungen an Ausländer oder internationale Organisationen, denen völkerrechtliche Privilegien und Immunitäten zustehen, ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsort oder Sitz die Vermittlung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen.

(3) Zustellungen an Mitglieder von Einheiten, die auf Ersuchen einer internationalen Organisation oder der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften um Hilfeleistung ins Ausland entsendet wurden, sind im Wege des Vorgesetzten der Einheit vorzunehmen.

### Zustellung ausländischer Schriftstücke im Inland

§ 12. (1) Zustellungen von Schriftstücken ausländischer Behörden im Inland sind nach den bestehenden internationalen Vereinbarungen, mangels solcher nach diesem Bundesgesetz vorzunehmen. Einem Ersuchen um Einhaltung einer bestimmten davon abweichenden Vorgangsweise kann jedoch entsprochen werden, wenn eine solche Zustellung mit den Grundwertungen der österreichischen Rechtsordnung vereinbar ist.

(2) Die Zustellung eines ausländischen, fremdsprachigen Schriftstücks, dem keine, im gerichtlichen Verfahren keine beglaubigte, deutschsprachige Übersetzung angeschlossen ist, ist nur zulässig, wenn der Empfänger zu dessen Annahme bereit ist; dies ist anzunehmen, wenn er nicht binnen drei Tagen gegenüber der Behörde, die das Schriftstück zugestellt hat, erklärt, daß er zur Annahme nicht bereit ist; diese Frist beginnt mit der Zustellung zu laufen und kann nicht verlängert werden.

(3) Ist die Erklärung gemäß Abs. 2 verspätet oder unzulässig, so ist sie zurückzuweisen; sonst hat die Behörde zu beurkunden, daß die Zustellung des fremdsprachigen Schriftstücks mangels Annahmefähigkeit des Empfängers als nicht bewirkt anzusehen ist.

## ABSCHNITT II

### Vornahme der Zustellung

#### Zustellung an den Empfänger

§ 13. (1) Die Sendung ist dem Empfänger an der Abgabestelle zuzustellen. Ist aber auf Grund einer Anordnung einer Verwaltungsbehörde oder eines Gerichtes an eine andere Person als den Empfänger zuzustellen, so tritt diese an die Stelle des Empfängers.

(2) Bei Zustellungen durch Organe der Post oder der Gemeinde darf auch an eine gegenüber der Post oder der Gemeinde zur Empfangnahme solcher Sendungen bevollmächtigte Person zugestellt werden, soweit dies nicht durch einen Vermerk auf der Sendung ausgeschlossen ist.

(3) Ist der Empfänger keine natürliche Person, so ist die Sendung einem zur Empfangnahme befugten Vertreter zuzustellen.

(4) Ist der Empfänger eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person, so ist die Sendung in deren Kanzlei zuzustellen und darf an jeden dort anwesenden Angestellten des Parteienvertreters zugestellt werden; durch Organe der Post darf an bestimmte Angestellte nicht oder nur an bestimmte Angestellte zugestellt werden, wenn der Parteienvertreter dies schriftlich bei der Post verlangt hat. Die Behörde hat Angestellte des Parteienvertreters wegen ihres Interesses an der Sache oder auf Grund einer zuvor der Behörde schriftlich abgegebenen Erklärung des Parteienvertreters durch einen Vermerk auf der Sendung und dem Rückschein von der Zustellung auszuschließen; an sie darf nicht zugestellt werden.

(5) Außerhalb der Abgabestelle kann vorbehaltlich des § 24 rechtswirksam nur zugestellt werden, wenn die Annahme der Sendung nicht verweigert wird.

(6) Ist keine Abgabestelle im Inland vorhanden, so darf an jedem Ort zugestellt werden, an dem der Empfänger angetroffen wird.

§ 14. Untersteht der Empfänger einer Anstaltsordnung und dürfen ihm auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Sendungen nur durch den Leiter der Anstalt oder durch eine von diesem bestimmte Person oder durch den Untersuchungsrichter ausgehändigt werden, so ist die Sendung dem Leiter der Anstalt oder der von ihm bestimmten Person vom Zusteller zur Vornahme der Zustellung zu übergeben.

§ 15. (1) Zustellungen an Personen, die den ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst leisten, sind durch das unmittelbar vorgesetzte Kommando vorzunehmen.

(2) Bei sonstigen Zustellungen in Kasernen oder auf anderen militärisch genutzten Liegenschaften

ist das für deren Verwaltung zuständige Kommando vorher davon in Kenntnis zu setzen. Auf Verlangen des Kommandos ist ein von ihm zu bestimmender Soldat oder Bediensteter der Heeresverwaltung dem Zusteller beizugeben.

#### Ersatzzustellung

§ 16. (1) Kann die Sendung nicht dem Empfänger zugestellt werden und ist an der Abgabestelle ein Ersatzempfänger anwesend, so darf an diesen zugestellt werden (Ersatzzustellung), sofern der Zusteller Grund zur Annahme hat, daß sich der Empfänger oder ein Vertreter im Sinne des § 13 Abs. 3 regelmäßig an der Abgabestelle aufhält.

(2) Ersatzempfänger kann jede erwachsene Person sein, die an derselben Abgabestelle wie der Empfänger wohnt oder Arbeitnehmer oder Arbeitgeber des Empfängers ist und die — außer wenn sie mit dem Empfänger im gemeinsamen Haushalt lebt — zur Annahme bereit ist.

(3) Durch Organe der Post darf an bestimmte Ersatzempfänger nicht oder nur an bestimmte Ersatzempfänger zugestellt werden, wenn der Empfänger dies schriftlich bei der Post verlangt hat.

(4) Die Behörde hat Personen wegen ihres Interesses an der Sache oder auf Grund einer schriftlichen Erklärung des Empfängers durch einen Vermerk auf der Sendung und dem Rückschein von der Ersatzzustellung auszuschließen; an sie darf nicht zugestellt werden.

(5) Eine Ersatzzustellung gilt als nicht bewirkt, wenn sich ergibt, daß der Empfänger oder dessen Vertreter im Sinne des § 13 Abs. 3 wegen Abwesenheit von der Abgabestelle nicht rechtzeitig vom Zustellvorgang Kenntnis erlangen konnte, doch wird die Zustellung mit dem der Rückkehr an die Abgabestelle folgenden Tag wirksam.

#### Hinterlegung

§ 17. (1) Kann die Sendung an der Abgabestelle nicht zugestellt werden und hat der Zusteller Grund zur Annahme, daß sich der Empfänger oder ein Vertreter im Sinne des § 13 Abs. 3 regelmäßig an der Abgabestelle aufhält, so ist das Schriftstück im Falle der Zustellung durch die Post beim zuständigen Postamt, in allen anderen Fällen aber beim zuständigen Gemeindeamt oder bei der Behörde, wenn sie sich in derselben Gemeinde befindet, zu hinterlegen.

(2) Von der Hinterlegung ist der Empfänger schriftlich zu verständigen. Die Verständigung ist in den für die Abgabestelle bestimmten Briefkasten (Briefeinwurf, Hausbrieffach) einzulegen, an der Abgabestelle zurückzulassen oder, wenn dies nicht möglich ist, an der Eingangstüre (Wohnungs-, Haus-, Gartentüre) anzubringen. Sie hat den Ort der Hinterlegung zu bezeichnen, den Beginn und

## 1050 der Beilagen

7

die Dauer der Abholfrist anzugeben sowie auf die Wirkung der Hinterlegung hinzuweisen.

(3) Die hinterlegte Sendung ist mindestens zwei Wochen zur Abholung bereitzuhalten. Der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Sendung erstmals zur Abholung bereitgehalten wird. Hinterlegte Sendungen gelten mit dem ersten Tag dieser Frist als zugestellt. Sie gelten nicht als zugestellt, wenn sich ergibt, daß der Empfänger oder dessen Vertreter im Sinne des § 13 Abs. 3 wegen Abwesenheit von der Abgabestelle nicht rechtzeitig vom Zustellvorgang Kenntnis erlangen konnte, doch wird die Zustellung an dem der Rückkehr an die Abgabestelle folgenden Tag innerhalb der Abholfrist wirksam, an dem die hinterlegte Sendung behoben werden könnte.

(4) Die im Wege der Hinterlegung vorgenommene Zustellung ist auch dann gültig, wenn die im Abs. 2 oder die im § 21 Abs. 2 genannte Verständigung beschädigt oder entfernt wurde.

#### Nachsendung

§ 18. (1) Hält sich der Empfänger nicht regelmäßig (§ 17 Abs. 1) an der Abgabestelle auf, so ist die Sendung an eine andere inländische Abgabestelle nachzusenden, wenn sie

1. durch Organe der Post zugestellt werden soll und nach den für die Beförderung von Postsendungen geltenden Vorschriften die Nachsendung vorgesehen ist;
2. durch Organe der Behörde oder einer Gemeinde zugestellt werden soll, die neue Abgabestelle ohne Schwierigkeit festgestellt werden kann und im örtlichen Wirkungsbereich der Behörde oder der Gemeinde liegt.

(2) Sendungen, deren Nachsendung durch einen auf ihnen angebrachten Vermerk ausgeschlossen ist, sind nicht nachzusenden.

#### Zurückstellung an die Behörde

§ 19. (1) Sendungen, die weder zugestellt werden können noch nachzusenden sind oder die zwar durch Hinterlegung zugestellt, aber nicht abgeholt worden sind, sind der Behörde zurückzustellen.

(2) Auf der Sendung ist der Grund der Zurückstellung zu vermerken.

#### Verweigerung der Annahme

§ 20. (1) Verweigert der Empfänger oder ein im gemeinsamen Haushalt mit dem Empfänger lebender Ersatzempfänger die Annahme ohne Vorliegen des im § 13 Abs. 5 genannten oder eines anderen gesetzlichen Grundes, so ist die Sendung an der Abgabestelle zurückzulassen oder, wenn dies nicht möglich ist, nach § 17 ohne die dort vorgesehene schriftliche Verständigung zu hinterlegen.

(2) Zurückgelassene Sendungen gelten damit als zugestellt.

(3) Wird dem Zusteller der Zugang zur Abgabestelle verwehrt, verleugnet der Empfänger seine Anwesenheit, oder läßt er sich verleugnen, so gilt dies als Verweigerung der Annahme.

#### Zustellung zu eigenen Händen

§ 21. (1) Dem Empfänger zu eigenen Händen zuzustellende Sendungen dürfen nicht an einen Ersatzempfänger zugestellt werden.

(2) Kann die Sendung beim ersten Zustellversuch nicht zugestellt werden, so ist der Empfänger schriftlich unter Hinweis auf die sonstige Hinterlegung zu ersuchen, zu einer gleichzeitig zu bestimmenden Zeit an der Abgabestelle zur Annahme des Schriftstückes anwesend zu sein. Dieses Ersuchen ist in den für die Abgabestelle bestimmten Briefkasten (Briefeinwurf, Hausbrieffach) einzulegen, an der Abgabestelle zurückzulassen oder, wenn dies nicht möglich ist, an der Eingangstüre (Wohnungs-, Haus-, Gartentüre) anzubringen. Zur angegebenen Zeit ist ein zweiter Zustellversuch durchzuführen. Ist auch dieser erfolglos, ist nach § 17 zu hinterlegen.

#### Zustellnachweis

§ 22. (1) Die Zustellung ist vom Zusteller auf dem Zustellnachweis (Zustellschein, Rückschein) zu beurkunden.

(2) Der Übernehmer der Sendung hat die Übernahme durch Unterfertigung des Zustellnachweises unter Beifügung des Datums und, soweit er nicht der Empfänger ist, seines Naheverhältnisses zu diesem zu bestätigen. Verweigert der Übernehmer die Bestätigung, so hat der Zusteller die Tatsache der Verweigerung, das Datum und gegebenenfalls das Naheverhältnis des Übernehmers zum Empfänger auf dem Zustellnachweis zu vermerken.

(3) Der Zustellnachweis ist unverzüglich an die Behörde zurückzusenden.

#### Hinterlegung ohne Zustellversuch

§ 23. (1) Hat die Behörde auf Grund einer gesetzlichen Vorschrift angeordnet, daß eine Sendung ohne vorhergehenden Zustellversuch zu hinterlegen ist, so ist diese sofort beim Postamt, beim Gemeindeamt oder bei der Behörde selbst zur Abholung bereitzuhalten.

(2) Die Hinterlegung ist vom Postamt oder vom Gemeindeamt auf dem Zustellnachweis, von der Behörde auch auf andere Weise zu beurkunden.

(3) Soweit dies zweckmäßig ist, ist der Empfänger durch eine an die angegebene inländische Abgabestelle zuzustellende schriftliche Verständigung oder durch mündliche Mitteilung an Personen, von denen der Zusteller annehmen kann, daß

sie mit dem Empfänger in Verbindung treten können, von der Hinterlegung zu unterrichten.

(4) Die so hinterlegte Sendung gilt mit dem ersten Tag der Hinterlegung als zugestellt.

#### **Unmittelbare Ausfolgung bei der Behörde**

§ 24. Ein bereits versandbereites Schriftstück kann dem Empfänger unmittelbar bei der Behörde gegen eine schriftliche Übernahmebestätigung ausgefolgt werden.

#### **Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung**

§ 25. (1) Zustellungen an Personen, deren Abgabestelle unbekannt ist, oder an eine Mehrheit von Personen, die der Behörde nicht bekannt sind, können, wenn es sich nicht um ein Strafverfahren handelt, kein Zustellungsbevollmächtigter bestellt ist und nicht gemäß § 8 vorzugehen ist, durch Anschlag an der Amtstafel, daß ein zuzustellendes Schriftstück bei der Behörde liegt, vorgenommen werden. Findet sich der Empfänger zur Empfangnahme des Schriftstückes (§ 24) nicht ein, so gilt, wenn gesetzlich nicht anderes bestimmt ist, die Zustellung als bewirkt, wenn seit dem Anschlag an der Amtstafel der Behörde zwei Wochen verstrichen sind.

(2) Die Behörde kann die öffentliche Bekanntmachung in anderer geeigneter Weise ergänzen.

#### **Zustellung ohne Zustellnachweis**

§ 26. (1) Dieser Abschnitt gilt sinngemäß auch für Zustellungen ohne Zustellnachweis, die durch Organe der Behörde oder der Gemeinde vorgenommen werden. Das zuzustellende Schriftstück gilt als zugestellt, wenn es in den für die Abgabestelle bestimmten Briefkasten (Briefeinwurf, Hausbrieffach) eingelegt oder an der Abgabestelle zurückgelassen wurde.

(2) Zustellungen im Sinne des Abs. 1 gelten als mit dem dritten Werktag nach der Übergabe an die Gemeinde oder den behördlichen Zusteller bewirkt, es sei denn, es wäre behauptet, die Zustellung sei nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen worden. Im Zweifel obliegt es der Behörde, die Tatsache und den Zeitpunkt der Zustellung nachzuweisen. War der Empfänger oder dessen Vertreter im Sinne des § 13 Abs. 3 im Zeitpunkt der Zustellung vorübergehend von der Abgabestelle abwesend, so wird die Zustellung erst mit dem der Rückkehr an die Abgabestelle folgenden Tag wirksam.

#### **Zustellformulare**

§ 27. Die Bundesregierung hat durch Verordnung die Formulare für Zustellvorgänge festzulegen.

### **ABSCHNITT III**

#### **Schlußbestimmungen**

§ 28. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. März 1983 in Kraft.

(2) Soweit in Verfahrensvorschriften auf Bestimmungen über Angelegenheiten des Zustellwesens hingewiesen ist, die in diesem Bundesgesetz geregelt sind, sind sie als Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zu verstehen.

(3) Der § 59 Abs. 5 des Zollgesetzes 1955, BGBl. Nr. 129, bleibt unberührt.

(4) Verordnungen auf Grund der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes können bereits von dem seiner Kundmachung folgenden Tag an erlassen werden.

(5) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

/2

### **Bundesgesetz vom XXX über die Anpassung zustellrechtlicher Vorschriften (Zustellrechtsanpassungsgesetz)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### **ARTIKEL I.**

##### **Änderung der Jurisdiktionsnorm**

Der § 32 der Jurisdiktionsnorm, RGBl. Nr. 111/1895, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 280/1978, hat zu lauten:

#### **„Beschränkung der Zuständigkeit auf den Gerichtsbezirk**

§ 32. Jedes Gericht hat die zu seinem Wirkungsbereich gehörenden Amtshandlungen innerhalb des ihm zugewiesenen Sprengels selbst vorzunehmen.

Jedoch dürfen, soweit im § 15 des Zustellgesetzes, BGBl. Nr. XX/XXX, nicht anderes bestimmt ist, gerichtliche Amtshandlungen in Kasernen oder auf anderen militärisch genutzten Liegenschaften nur nach vorgängiger Anzeige an den Kommandanten und unter Zuziehung eines von diesem bei-

zugebenden Soldaten oder Bediensteten der Heeresverwaltung vorgenommen werden.

Zur Ausführung der gerichtlichen Verfügungen, die exterritoriale Personen betreffen, ist die Vermittlung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen.

Das gilt auch, wenn gerichtliche Amtshandlungen gegen Personen, die der inländischen Gerichtsbarkeit unterliegen, in den Wohnungen exterritorialer Personen vorzunehmen sind.“

## ARTIKEL II

### Änderungen der Zivilprozeßordnung

Die Zivilprozeßordnung, RGBL. Nr. 113/1895, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 140/1979, wird wie folgt geändert:

1. Der § 87 hat zu lauten:

„§ 87. Soweit dieses Gesetz nicht anderes vorsieht, ist von Amts wegen nach dem Zustellgesetz, BGBl. Nr. XX/XXX, zuzustellen.

Gegen Anordnungen nach diesem Titel ist kein abgeordnetes Rechtsmittel zulässig.

Solche Anordnungen kommen im Verfahren vor einem Senat dem Vorsitzenden zu.“

2. Der § 88 und die davor stehende Überschrift haben zu lauten:

#### „Art der Zustellung

§ 88. Zustellungen im Inland sind in der Regel durch die Post durchzuführen. Die Zustellung durch Bedienstete des Gerichtes oder durch die Gemeinde kann in folgenden Fällen angeordnet werden:

1. wenn für den Ort, an dem zugestellt werden soll, kein Postzustelldienst eingerichtet ist;
2. wenn bei Zustellung durch die Post die Zustellung zu spät käme oder der Zustellnachweis nicht rechtzeitig vorläge;
3. wenn die Person, der zuzustellen ist, oder ihre Anschrift nicht genau bekannt ist und erst durch den Zusteller ermittelt werden soll;
4. wenn das Schriftstück zu einer Zeit zugestellt werden muß, zu der Postzustellungen nicht vorgenommen werden;
5. wenn das Schriftstück anlässlich einer anderen Amtshandlung oder an einen Verhafteten (Gefangenen) zuzustellen ist;
6. wenn das Schriftstück in der Umgebung des Gerichtsgebäudes oder im Verkehr mit nahegelegenen Amtsstellen oder Notariatskanzleien zuzustellen ist, und wenn der damit verbundene Verwaltungsaufwand geringer ist als bei Zustellung durch die Post.

Gerichtsbedienstete dürfen Zustellungen nur innerhalb des Sprengels des Gerichtes, dem sie

angehören, Gemeindebedienstete nur innerhalb des Gemeindegebietes durchführen.“

3. Der § 97 und seine Überschrift haben zu lauten:

#### „Zustellungsbevollmächtigter

§ 97. Ist eine Prozeßhandlung durch oder gegen mehrere Personen vorzunehmen, die keinen gemeinschaftlichen Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigten haben, so kann ihnen das Gericht auf Antrag des Gegners oder von Amts wegen auftragen, einen von ihnen oder einen Dritten als gemeinschaftlichen Zustellungsbevollmächtigten namhaft zu machen.

Wird dieser Auftrag nicht befolgt, so hat das Gericht ihnen auf Antrag des Gegners oder von Amts wegen auf ihre Gefahr und Kosten einen gemeinschaftlichen Zustellungsbevollmächtigten zu bestellen.

Das Gericht hat eine solche Anordnung dann zu treffen, wenn zu erwarten ist, daß dadurch das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt wird. Es hat sie zu unterlassen, zu ändern oder aufzuheben, wenn erkennbar ist oder diese Personen glaubhaft machen, daß sie ein rechtliches Interesse daran haben, nicht gemeinsam vertreten zu werden.

Der § 9 Abs. 3 des Zustellgesetzes gilt nicht.“

4. Der § 99 hat zu lauten:

„§ 99. Der für eine einzelne Person bestellte Zustellungsbevollmächtigte hat dieser die für sie bestimmten, ihm zugestellten Schriftstücke jeweils ohne Aufschub zu übersenden. Der gemeinschaftliche Zustellungsbevollmächtigte hat, wenn nicht durch Vereinbarung etwas anderes bestimmt ist, unverzüglich den Personen, für welche er die Zustellung übernommen hat, Einsicht in die empfangenen Schriftstücke zu gewähren und die Herstellung von Abschriften davon zu ermöglichen.“

5. Der § 103 und seine Überschrift haben zu lauten:

#### „Ersatzzustellung

§ 103. Die Ersatzzustellung an eine im § 16 Abs. 2 des Zustellgesetzes genannte Person darf nicht erfolgen, wenn sie an dem Rechtsstreit als Gegner des Empfängers beteiligt ist.“

6. Der § 106 hat zu lauten:

„§ 106. Klagen und Schriftstücke, die wie Klagen zuzustellen sind, können nur zu eigenen Händen des Empfängers oder seines zur Übernahme von Klagen oder anderen wie solche zuzustellenden Schriftstücken ermächtigten Vertreters oder in Rechtssachen, die sich auf den Betrieb eines Handelsgewerbes beziehen, zu Händen eines Prokuristen (Gesamtprokuristen) des Empfängers zugestellt werden.“

10

1050 der Beilagen

7. Der § 112 hat zu lauten:

„§ 112. Sind beide Parteien durch Rechtsanwälte vertreten, so kann jeder dieser Rechtsanwälte, der einen Schriftsatz einbringt, die für den Gegner bestimmte Gleichschrift dessen Rechtsanwalt durch einen Boten oder durch die Post direkt übersenden; diese Übersendung ist auf dem dem Gericht überreichten Stück des Schriftsatzes zu vermerken. Dies gilt nicht für Schriftsätze, die dem Empfänger zu eigenen Händen zuzustellen sind oder durch deren Zustellung eine Notfrist in Lauf gesetzt wird.“

8. Der § 115 hat zu lauten:

„§ 115. Durch öffentliche Bekanntmachung (§ 25 des Zustellgesetzes) ist zuzustellen, wenn das Vorliegen der dafür erforderlichen Voraussetzungen glaubhaft gemacht wird.“

9. Der § 121 und seine Überschrift haben zu lauten:

#### „Zustellung im Ausland

§ 121. Für Zustellungen an Personen im Ausland, die nicht zu den im § 11 Abs. 2 und 3 des Zustellgesetzes aufgezählten Empfängern gehören, kann der Bundesminister für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler durch Verordnung die Zustellung durch die Post unter Benützung der im Weltpostverkehr üblichen Rückscheine nach denjenigen Staaten zulassen, in denen die Zustellung nach § 11 Abs. 1 des Zustellgesetzes nicht möglich oder mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Wenn die Bestätigung über die erfolgte Zustellung an eine im Ausland befindliche Person binnen einer angemessenen Zeit nicht einlangt, kann die betreibende Partei je nach Lage der Sache die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung (§ 25 des Zustellgesetzes) oder eine Kuratorbestellung nach § 116 beantragen. Gleiches gilt auch für den Fall, daß eine Zustellung im Ausland vergeblich versucht worden ist oder das Ersuchen wegen offenkundiger Verweigerung der Rechtshilfe durch die ausländische Behörde keinen Erfolg verspricht.“

10. Der Abs. 2 des § 89 sowie die §§ 90, 92, 94, 95, 96, 98, 101, 102, 104, 105, 107 bis 111, 114, 119, 120 und 122 samt ihren Überschriften werden aufgehoben.

### ARTIKEL III

#### Änderung der Strafprozeßordnung

Die Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 529/1979, wird wie folgt geändert:

Der § 80 zu lauten:

„§ 80. (1) Auf das Verfahren bei Zustellungen sind das Zustellgesetz, BGBl. Nr. XX/XXX, sowie dem Sinne nach die §§ 87, 89, 91 und 100 der Zivil-

prozeßordnung anzuwenden. Die §§ 422 Abs. 2, 423 und 424 werden hiedurch nicht berührt.

(2) § 8, § 9 Abs. 2 erster Satz und Abs. 3 und § 10 des Zustellgesetzes sind außer dem Fall des § 191 nur auf Privatankläger und Privatbeteiligte, ihre Vertreter und auf die im § 444 Abs. 1 genannten Personen anzuwenden.

(3) Organe der Bundespolizeibehörden und der Bundesgendarmerie dürfen für Zwecke der Zustellung nur in besonders gelagerten Fällen in Anspruch genommen werden, in denen ein solches Vorgehen im Interesse der Strafrechtspflege dringend geboten ist.“

### ARTIKEL IV

#### Änderung des Strafvollzugsgesetzes

Das Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 424/1974, wird wie folgt geändert:

Dem § 87 Abs. 1 ist anzufügen:

„Briefe, die für einen Strafgefangenen eingehen, dürfen ihm nur durch den Anstaltsleiter oder durch einen von diesem hiezu bestimmten Strafvollzugsbediensteten ausgehändigt werden.“

### ARTIKEL V

#### Änderungen der Bundesabgabenordnung

Die Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 620/1981, wird wie folgt geändert:

1. In der lit. a des § 97 Abs. 1 hat der Klammerausdruck „(§§ 98 bis 107)“ zu entfallen.

2. Der § 98 hat zu lauten:

„§ 98. Soweit in diesem Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, sind Zustellungen nach dem Zustellgesetz, BGBl. Nr. XX/XXX, vorzunehmen.“

3. Die §§ 99, 100, 105 und 107 sowie Abs. 4 im § 101 haben zu entfallen.

4. Der § 102 hat zu lauten:

„§ 102. Wenn wichtige Gründe hiefür vorliegen, hat die Abgabenbehörde die schriftlichen Ausfertigungen mit Zustellnachweis zuzustellen. Bei Vorliegen besonders wichtiger Gründe ist die Zustellung zu eigenen Händen des Empfängers zu bewirken.“

5. Der § 103 hat zu lauten:

„§ 103. (1) Ungeachtet einer Zustellungsbevollmächtigung sind Vorladungen (§ 91) dem Vorgeladenen zuzustellen. Im Einhebungsverfahren ergehende Erledigungen können aus Gründen der

Zweckmäßigkeit, insbesondere zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens, trotz Vorliegens einer Zustellungsbevollmächtigung wirksam dem Vollmachtgeber unmittelbar zugestellt werden.

(2) Eine Zustellungsbevollmächtigung ist Abgabenbehörden gegenüber unwirksam, wenn sie sich nicht auf alle dem Vollmachtgeber zugeordneten Erledigungen erstreckt, die im Zuge eines Verfahrens ergehen oder Abgaben betreffen, hinsichtlich derer die Gebarung gemäß § 213 zusammengefaßt verbucht wird.

(3) Wird durch einen Bescheid gemäß den §§ 299 oder 300 eine Klaglosstellung (§ 33 des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1965, BGBl. Nr. 2; § 86 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85) bewirkt, so gilt insoweit die gegenüber dem Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof wirksame Zustellungsbevollmächtigung auch gegenüber der den Bescheid erlassenden Abgabenbehörde als erteilt.

(4) Wird ein Anbringen von mehreren Personen gemeinsam eingebracht, so kann, soweit nicht § 101 anzuwenden ist, aus den im Abs. 1 angeführten Gründen der an erster Stelle genannten Person mit Wirkung für alle Personen, die das Anbringen gestellt haben, zugestellt werden, wenn auf diese Rechtsfolge in der Ausfertigung hingewiesen wird.“

6. Der § 104 hat zu lauten:

„§ 104. Abgabenbehörden erster Instanz gegenüber besteht die Verpflichtung zur Mitteilung im Sinne des § 8 Abs. 1 des Zustellgesetzes für Abgabepflichtige auch so lange, als von ihnen Abgaben, ausgenommen durch Einbehaltung im Abzugswege zu entrichtende, wiederkehrend zu erheben sind. § 8 Abs. 2 des Zustellgesetzes ist sinngemäß anzuwenden.“

7. Im § 106 haben die Abs. 1 und 3, die Bezeichnungen „(2)“, die lit. a und die Bezeichnung „b)“ zu entfallen. An die Stelle der Worte „Abs. 1 lit. a“ treten die Worte „§ 11 Zustellgesetz“.

#### ARTIKEL VI

##### Änderungen des Finanzstrafgesetzes

Das Finanzstrafgesetz, BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 259/1976, wird wie folgt geändert:

1. Im § 56 Abs. 2 hat das Wort „Zustellungen“ zu entfallen.

2. Der § 56 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Für Zustellungen gelten das Zustellgesetz, BGBl. Nr. XX/XXX, und sinngemäß die Bestim-

mungen des 3. Abschnittes der Bundesabgabenordnung. Zustellungen in Verfahren nach den §§ 147 und 148 können auch durch öffentliche Bekanntmachung nach § 25 des Zustellgesetzes erfolgen.“

3. Der bisherige § 56 Abs. 3 erhält die Absatzbezeichnung „(4)“.

#### ARTIKEL VII

##### Änderungen des Dienstrechtsverfahrensgesetzes

Das Dienstrechtsverfahrensgesetz, BGBl. Nr. 54/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 116/1978, wird wie folgt geändert:

Der § 5 hat zu lauten:

„Zu § 21 AVG 1950

§ 5. Im Dienstrechtsverfahren ist das Zustellgesetz, BGBl. Nr. XX/XXX, mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Hinterlegung von Schriftstücken, die Bediensteten des Dienststandes zuzustellen sind, auch beim Vorstand der Dienststelle des Bediensteten oder beim Stellvertreter des Vorstandes zulässig ist.“

#### ARTIKEL VIII

##### Änderung des Patentgesetzes 1970

Das Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 526/1981, wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 85 und 86 haben zu lauten:

„§ 85. Die Zustellung von Schriftstücken des Patentamtes und des Obersten Patent- und Markensentes ist, soweit § 86 nicht anderes bestimmt, nach dem Zustellgesetz, BGBl. Nr. XX/XXX, vorzunehmen.

§ 86. Wird ein Anbringen von mehreren Personen gemeinsam eingebracht, die nicht alle im Inland wohnen, so gilt im Zweifel die im Inland wohnende Person, die an erster Stelle genannt ist, als gemeinsamer Zustellungsbevollmächtigter.“

2. Die Z 5 in §.173 wird aufgehoben.

#### ARTIKEL IX

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. März 1983 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich der Art. I, II, III und IV der Bundesminister für Justiz, hinsichtlich der Art. V und VI der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich des Art. VII die Bundesregierung und hinsichtlich des Art. VIII der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betraut.